

Die Fragen stellte Alexander Jekat, Abiturient am Berliner Paulsen-Gymnasium.

Alexander Jekat:

Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche besuchen Sie ein Gymnasium im hessischen Groß-Gerau. Sie selbst haben Ihr Abitur nach zwölf Jahren Schule abgelegt. Wie stehen Sie zu der aktuellen Entwicklung von G9 zu G8 und zum Zentralabitur?

Bundeskanzlerin Merkel:

Erst einmal freue ich mich auf den Besuch in Groß-Gerau. Ich habe das vor über einem Jahr in einer Wahlsendung versprochen, als von dort auch Fragen über diese Schule an mich gestellt wurden; und dann habe ich gesagt, ich möchte sie mir gerne einmal anschauen. Es ist ja so, dass die Bundesebene und auch die Bundeskanzlerin nicht direkt für die Schulpolitik der Länder zuständig ist, und deshalb ist das auch alles eine Länderentscheidung. Aber ich will aus meiner eigenen Erfahrung sagen: Ich glaube, dass man sowohl nach zwölf Jahren als auch nach 13 Jahren ein gutes Abitur machen kann. Wir haben die Bundesländer Sachsen und Thüringen, die seit den 90er Jahren in zwölf Jahren das Abitur machen, andere sind gefolgt, andere haben mehrere Möglichkeiten zu entscheiden. Wichtig ist, dass Lehrpläne auf die Schulzeit abgestimmt sind. Und was noch ganz wichtig ist – ich glaube, das sehen Schüler so, aber das sehen vor allen Dingen auch die Eltern so: Wenn man umzieht, dass man in einem anderen Bundesland auch den Anschluss findet. Das heißt also, dass die Lehrpläne auch ein Stück weit aufeinander abgestimmt sind, und hier hat die Kultusministerkonferenz in den letzten Jahren viel getan.

Sollten die Lehrinhalte an die alltäglichen Anforderungen der heutigen Gesellschaft, beispielsweise wie man seine Steuererklärung macht, angepasst werden?

Ich denke, dass sich die Lehrinhalte mit den Zeiten natürlich verändern müssen. Und hier ist die hauptsächliche Herausforderung aus meiner Sicht die digitale Welt, die ja immer mehr in unser normales Leben Einzug hält. Und deshalb sind Kenntnisse über Computer, gegebenenfalls auch über Computersprachen, über die Nutzung digitaler Medien, aber auch die Nutzung der eigenen Persönlichkeitsrechte – was gebe ich preis, wie ist das mit den dauerhaften Verfügbarkeiten von Informationen? –, darüber sollte schon in der Schule gesprochen werden. In welcher Form das in die Lehrpläne eingearbeitet wird, ist dann wieder die Entscheidung der jeweiligen Bundesländer.

Wie stehen Sie zu der in der Presse veröffentlichten These, dass Unterrichtsqualität und Klassengröße in keinem Zusammenhang stehen?

Ich nehme das erst einmal als einen Befund hin. Ich glaube, dass es insgesamt natürlich darauf ankommt, motivierte Schüler und motivierte Lehrer zu haben. Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, gerade all denen, die als Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland arbeiten, ein herzliches Dankeschön zu sagen. Ich habe manchmal an der Preisverleihung des Deutschen Schulpreises teilgenommen und dabei gesehen, wieviele interessante, spannende Aktivitäten es an den Schulen gibt. Und wenn Schülerinnen und Schüler nicht so richtig motiviert sind zu lernen, dann ist es auch für die Lehrer nicht ganz einfach; solche Fälle gibt es auch. Und daher auch mein Respekt. Ich glaube, ganz

wichtig ist, dass wir von der Kita an bis in die Schulen hinein auch immer wieder die Übergänge gut gestalten, damit möglichst viele Schüler auch mitkommen. Und was ganz wichtig ist, das hat auch die Bundesregierung immer sehr gefördert, ich persönlich auch: dass wir heute an den Schulen Sprachtests haben. Das heißt, dass die Kinder mit Migrationshintergrund auch wirklich die Sprachanforderungen beherrschen; und manchmal sind es ja auch Kinder aus deutschen Elternhäusern, die auch noch Sprachförderung brauchen. Denn ohne Sprache kann man auch die Inhalte nicht verstehen.

Welche Anreize könnten von Seiten des Bundes und der Länder geschaffen werden, um den Beruf des Lehrers attraktiver zu gestalten?

Wir haben uns von Seiten des Bundes durch das Forschungsministerium hier Gedanken gemacht. Es geht ja auch um die Lehrerausbildung. Sind die Lehrer gut vorbereitet? Hier muss die Qualität besonders gut stimmen, und deshalb ist der Bund mit den Ländern gemeinsam dabei, eine Ausbildungsinitiative für Lehrer zu machen. Wir geben bis 2024, also in den nächsten zehn Jahren, hierfür 500 Mio. Euro aus. Und ich denke, dass natürlich das Thema Qualifizierung auch während der Arbeit als Lehrer immer wieder sehr wichtig ist. Heute kommen Schülerinnen und Schüler in die Schule, die wachsen ganz natürlich mit dem Computer auf, was ja für Ältere wie mich zum Beispiel noch nicht der Fall ist. Und hier muss natürlich – und wird ja auch zum Teil – Gelegenheit gegeben werden, dass die Digitale Agenda auch von den Lehrerinnen und Lehrern gut beherrscht wird.

Was hielten Sie davon, das Wahlrecht ab 16 auf Landesebene, wie zum Beispiel in Brandenburg, auf die Bundesebene auszuweiten, um das Engagement der jungen Generation in der Politik zu fördern?

Das Wahlalter für den Deutschen Bundestag wird – wenn man etwas ändern würde – vom Deutschen Bundestag geändert. Ich selber bin ja auch Mitglied des Deutschen Bundestages und spreche jetzt einfach mal als Abgeordnete: Ich persönlich sehe für die Wahl des Deutschen Bundestages keine Notwendigkeit, das Wahlalter zu verändern. Mit 18 wird man volljährig, und ich glaube, das ist eine recht gute Tradition. Wir wünschen uns allerdings, dass dann möglichst viele junge Leute als Erstwähler und Erstwählerinnen auch an den Wahlen teilnehmen.